

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe August 2021

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Joachim Guilliard: Ramsey Clark (1927-2021)**
- **Peter Aebersold: Jeanne Hersch – Pädagogik als Erziehung zur verantwortlichen Freiheit**
- **Dokumentarfilm #KidsOnTech**
- **Mehr Demokratie e.V.: Ranking der direktdemokratischen Verfahren in Deutschland ...**
- **Michael Lüders: Die Doppelmoral muss ein Ende haben**
- **Boris Reitschuster: Wie bei Kafka: Im Visier von Polizei und Banken**
- **Alfred de Zayas: J'accuse! Schlimmer als die Dreyfus-Affäre**
- **Katharina Fontana: Gegen alle Widerstände – wie sich der Schweizer Nils Melzer für Julian Assange einsetzt**
- **Thomas Röper: Wer die öffentliche Meinung im Westen wie lenkt**
- **Chris Hedges: Julian Assange und der Zusammenbruch der Herrschaft des Rechts**
- **RTdeutsch: Snowden: Das ist das Ende des Verfahrens gegen Julian Assange – US-Kronzeuge hat gelogen**
- **Maureen Claire Murphy: UN untersucht israelische Repressionen gegen Palästinenser als Ganzes**
- **Friedensgutachten: China: Partner, Konkurrent oder Rivale?**

Zitat des Monats [Ernst Toller](#) (*1893 †1939):

Jeder, der hören wollte, hat hören können.

Jeder, der wissen will, muss wissen.

Wer nicht hörte, wollte nicht hören, wer nicht weiß, will nicht wissen.

Wer vergisst, will vergessen.

Editorial

Diese Ausgabe beginnt mit einer Würdigung des kürzlich verstorbenen **Ramsey Clark**. Er war während und nach seiner Zeit im US-Justizministerium ein **unerschrockener Kämpfer für Menschenrechte und Frieden**, angefangen bei den Bürgerrechten für Schwarze, über öffentliche Klagen gegen die Kriege in Vietnam, Jugoslawien, Irak bis hin zu seiner Auszeichnung durch die UNO. Damit könnte er ein Vorbild auch für die Jugend sein in dem Sinn, wie es die Philosophin Jeanne Hersch in ihren Stellungnahmen zur Erziehung zunehmend vermisst. Peter Aebersold stellt **Hersch's Vorstellungen zur Pädagogik** im nächsten Beitrag vor. Aktuell wird die Urteilsfähigkeit der Jugend auch durch die Digitalisierung erschwert, wie der Filmbeitrag **Kids on Tech** zeigt. Kritische Urteilsfähigkeit ist aber die Basis einer funktionierenden Demokratie; eine Studie von Mehr Demokratie e.V. gibt einen Überblick über die **Möglichkeiten direkter Demokratie** in den verschiedenen Bundesländern.

Der nächste Themenschwerpunkt beschäftigt sich mit **Pressefreiheit und öffentlicher Meinungsbildung**. Michael Lüders macht auf die Doppelmoral beim Umgang mit Nawalny einerseits, Assange andererseits aufmerksam. Auch Alfred de Zayas, Katharina Fontana, Chris Hedges und RTdeutsch prangern die Ungerechtigkeiten im Fall Assange an und machen auf die guten Stellungnahmen des UN-Sonderberichterstatters **Nils Melzer** aufmerksam. Thomas Röper stellt die **Struktur der internationalen Presse** dar, die ihre Unabhängigkeit verliert, weil sie auch aus Kostengründen auf zentralisiert verbreitete Informationen angewiesen ist, und zudem Nachrichten nutzt, die von finanzmächtigen Stiftungen erzeugt werden. In diesem Zusammenhang kann auch die Resolution des UN-Menschenrechtsrates gesehen werden, der eine Untersuchungskommission über Israels **Verletzungen der Menschenrechte gegenüber den Palästinensern** einrichten will; diese wird von den USA abgelehnt und auch von den EU-Staaten nicht unterstützt.

Abschließend wird ein Friedensgutachten vorgestellt, in dem die **Rolle der EU gegenüber USA und China** beleuchtet wird.

[Inhalt](#) ↑

• Joachim Guilliard: **Ramsey Clark (1927-2021)**

Am 09.04.2021 verstarb der ehemalige US-Justizminister und Menschenrechtsaktivist Ramsey Clark im Alter von 93 Jahren. Während seiner Zeit im Justizministerium half er, Bürgerrechtsgesetze für die schwarze Bevölkerung zu verabschieden, und entwarf Gesetze zum Wohnungsbau und zur Durchsetzung der Vertragsrechte der indigenen Nationen.

[Mit ihm verlor die Welt einen entschiedenen und brillanten Gegner der westlichen Kriegspolitik.](#) Unerschrocken verteidigte er den Widerstand gegen Unterdrückung und prangerte die Verbrechen des US-Militarismus und seine globale Arroganz an. Noch während der Bombardierungskampagne reiste Clark nach Nordvietnam und traf dort Opfer der US-Aggressionen. Bei seinen Besuchen in Kuba prangerte er die US-Blockade an. Er unterstützte die sandinistische Revolution in Nicaragua und den Befreiungskampf in El Salvador gegen die US-gestützte Diktatur. Auf dem Höhepunkt des US-Bombardements im Irak dokumentierte Clark dort deren Folgen und verfasste eine umfassende Anklageschrift gegen die Bush-Regierung. Er klagte das NATO-Bombardement auf Jugoslawien an und forderte die Auflösung der NATO. Er übernahm die Verteidigung von Opfern der US-Politik wie Slobodan Milošević und Saddam Hussein trotz scharfer Angriffe auf seine Person im Westen.

Auch auf die deutsche Friedensbewegung hatte Clark erheblichen Einfluss. Nach dem Ausscheiden aus dem Regierungsamt setzte sich Clark für die Armen, Unterdrückten und Rechtlosen ein und kritisierte die Menschenrechtspolitik der USA im In- und Ausland. Ungeachtet der Anfeindungen von Politik und Medien im Westen, verlieh die UN-Generalversammlung Ramsey Clark 2008 ihren Menschenrechtspreis.

[Joachim Guilliard](#), Jg. 1958, hauptberuflich IT-Berater, in der Friedensbewegung aktiv. Verfasser zahlreicher Fachartikel sowie Mitherausgeber bzw. -autor mehrerer Bücher über die von Kriegen betroffenen Länder im Nahen und Mittleren Osten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Peter Aebersold: **Jeanne Hersch – Pädagogik als Erziehung zur verantwortlichen Freiheit**

Jeanne Hersch wurde als Tochter polnisch-jüdischer Immigranten 1910 in Genf geboren und studierte Philosophie bei Paul Häberlin und Karl Jaspers. Nach 22 Jahren als Gymnasiallehrerin lehrte sie an der Universität Genf, ab 1947 als Privatdozentin, ab 1956 als Professorin und von 1962 bis 1977 als ordentliche Professorin am Lehrstuhl für Systematische Philosophie. Von 1966 bis 1968 war sie Direktorin der Abteilung Philosophie der UNESCO in Paris, wo sie das Grundlagenwerk "[Das Recht Mensch zu sein](#)" publizierte (im aufgerufenen Inhaltsverzeichnis des Newsletters bitte den letzten Artikel per Klick anwählen. Red.). Sie diente im Zweiten Weltkrieg beim Schweizer Frauenhilfsdienst und im Kalten Krieg in der "geheimen Kaderorganisation zur Aufrechterhaltung des Widerstandswillens". Sie war Mitglied der Schweizer Sozialdemokratischen Partei von 1939 bis 1992. Sie trat aus der Partei aus, als diese den straffreien Konsum von Drogen befürwortete.

Im Hinblick auf die Erziehung der Jugend fehlten ihr im Zeitalter der anti-autoritäten Erziehung die echten Erwachsenen, die Vorbilder und die mangelnden Orientierungsmöglichkeiten. "Wenn es heißt, 'alles ist erlaubt', so bedeutet das, dass es nichts gibt – nichts, das zu etwas zwingt, nichts, das etwas wert ist, nichts, das sich aufdrängt. Da alles erlaubt ist, erwartet man von niemandem etwas. Das habe ich die nihilistische Leere genannt." Freiheit sei wohl das Ziel der Erziehung, aber nicht zugleich der Modus der Erfahrung. Erziehung soll Kinder auf das Abenteuer des Menschseins vorbereiten. Junge Menschen schulden ihrerseits der Gesellschaft solidarische Mitwirkung an der Aufrechterhaltung der Bedingungen einer selbstverantwortlich ausgeübten Freiheit. Erziehung aufzugeben, würde nach Hersch bedeuten, dass man aufgibt, Mensch zu sein.

[Peter Aebersold](#), Jg. 1943, studierte Jura und Kriminologie, arbeitete von 1971-1978 im Bereich der Schweizerischen Strafvollzugsuntersuchung, von 1974 bis zu seiner Emeritierung 2010 als Lehrbeauftragter und nahm daneben verschiedene Tätigkeiten in den Bereichen Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug wahr. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Dokumentarfilm #KidsOnTech**

Die Kinder von heute wachsen in eine Welt hinein, die zunehmend von künstlicher Intelligenz gesteuert wird. Die Frage, wie sie lernen können, diese epochale technologische Revolution kreativ, urteilsfähig und im Interesse von Mensch und Natur zu nutzen, statt von ihr versklavt zu werden, ist eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit. Der 57-minütige [Dokumentarfilm #KidsOnTech](#) setzt sich mit dieser Frage auseinander (deutsche Untertitel aufrufbar via CC). Er richtet sich insbesondere an Eltern, Erzieher, Lehrer und Entscheider.

[Der Film gibt nicht vor, einen "Königsweg" anzubieten, sondern will Eltern helfen](#), ihre Möglichkeiten besser zu verstehen und zu akzeptieren – ohne Scham und Schuldzuweisungen. Er zeigt, wie groß der Einfluss der Erwachsenen auf die Erfahrungen von Kindern mit digitalen Medien ist, und wie wir dieses globale Generationenproblem selbst an der Basis angehen können.

[Inhalt](#) ↑

- Mehr Demokratie e.V.: **Ranking der direktdemokratischen Verfahren in Deutschland auf Landes- und Kommunalebene**

Im Volksentscheid-Ranking untersucht `Mehr Demokratie e.V.` mit einem Zeitabstand von mehreren Jahren, [wie bürger-freundlich die direkte Demokratie in den 16 Bundesländern geregelt ist](#). Nunmehr liegt das sechste Ranking vor. Land für Land werden die gesetzlichen Regelungen für landesweite Volksentscheide und kommunale Bürgerentscheide geprüft und mit Schulnoten bewertet. Dabei werden einzelne Verfahrenselemente einzeln verglichen und bewertet. Damit sollen auch Debatten über bundesweite Volksentscheide angeregt werden. [Das detaillierte PDF-Dokument](#) erlaubt differenzierte Einblicke in die unterschiedlichen direkt-demokratischen Möglichkeiten in den verschiedenen Bundesländern.

In einer weiteren Analyse wird ebenso differenziert dargestellt, [wie transparent die Informationsrechte der Bürger und Auskunftspflichten der Behörden in diesem Zusammenhang sind](#). Das ausführliche [PDF ist hier](#) zu finden.

Mehr Demokratie e.V., überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Lüders: **Die Doppelmoral muss ein Ende haben**

Michael Lüders findet, dass der Umgang Moskaus mit Alexej Nawalny zwar alles andere als rechtsstaatlich sei, aber er fragt dagegen, ob denn der Umgang der britischen, der schwedischen und der US-Justiz mit dem Whistleblower Julian Assange tatsächlich "rechtsstaatlicher" ist als jener der russischen Justiz mit Nawalny. Assange und Wikileaks haben US-Kriegsgräuere vor allem in Afghanistan und im Irak öffentlich gemacht. ["Damit hat der Australier die US-Machteliten offen herausgefordert"](#). Einzig und allein deswegen sitzt er nunmehr in einem Hochsicherheitsgefängnis in London ein, in Isolationshaft. Nicht zuletzt als Drohung, als Abschreckung für künftige Whistleblower. "Während Assange in den USA 175 Jahre Gefängnis drohen, "ist nicht ein einziger der für die Mordtaten verantwortlichen US-Militärs, nicht ein einziger ihrer politischen Hintermänner je angeklagt worden".

[Papst Franziskus hat Assange eine persönliche Botschaft zukommen lassen](#). Sie wurde Assange von einem anglikanischen Pastor übergeben, der im Londoner Gefängnis von Belmarsh als Kaplan tätig ist, berichtete Stella Morris, die Lebensgefährtin Assanges.

Zwei Jahre nach seiner Verhaftung durch die britischen Behörden sitzt Julian Assange immer noch in einem Londoner Hochsicherheitsgefängnis. [Weltweit wird die Freilassung des Wikileaks-Gründers gefordert](#). Die USA halten dennoch an ihren 18 Anklagepunkten fest. Im Falle einer Auslieferung an die USA drohen Assange aus allen Anklagepunkten zusammengerechnet bis zu 175 Jahre Haft. Menschenrechtsaktivisten erwarten keinen fairen Prozess durch die US-amerikanischen Justiz. Die Verfolgung des Wikileaks-Gründers wird als wichtiges Beispiel für die Einschüchterung von Journalisten aus der ganzen Welt kritisiert.

Michael Lüders, Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour. Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Boris Reitschuster: **Wie bei Kafka: Im Visier von Polizei und Banken**

[Kritischen Journalisten, aber auch normalen Bürgern, die politisch aktiv sind und unsere Regierung kritisieren, werden die Bankkonten gekündigt.](#) Und die Betroffenen werden als "Ausgeschriebene" behandelt, da sie im Konflikt mit dem Gesetz seien. So wurde der Hausmeister der Wohnanlage, in der Boris Reitschuster wohnt, bzgl. seiner Person von der Polizei befragt, er selber bei der Grenzkontrolle als "ausgeschrieben" bezeichnet. Reitschuster wurden gleich zwei Bankkonten bei verschiedenen Banken gekündigt.

Ken Jebsen wird vom Verfassungsschutz observiert. Reitschuster fühlt sich an die DDR und an Franz Kafka erinnert. Er [hat seine heutige Internetseite gegründet](#), nachdem ihm seine alte private Homepage wegen juristischer Schritte von Patrick Gensing, dem Chef-Faktenfinder der ARD, vom Netz genommen wurde. Mitbegründer ist der Regensburger Professor für Politikwissenschaft Jerzy Maćków, dessen Kommentare kein Medium mehr veröffentlichen wollte.

[Boris Reitschuster](#), Jg. 1971, ging 1990 als Student nach Moskau. Nach Dolmetscher-Ausbildung nahm er Tätigkeit als Deutschlehrer, Übersetzer und Berichterstatter für deutsche Tageszeitungen auf. Nach Tätigkeit für die Presseagenturen dpa und AFP sowie als Leiter des FOCUS-Büros in Moskau arbeitet er seit 2015 als Autor und Journalist mit eigener [Web-Seite](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alfred de Zayas: **J'accuse! Schlimmer als die Dreyfus-Affäre**

Alfred de Zayas hält die Verfolgung unbequemer Journalisten durch Regierungen und ihre Helfer in den Medien für einen Skandal und Verrat an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. "Das vielleicht skandalöseste und unmoralischste Beispiel für die multinationale Korruption des Rechtsstaates ist der 'lawfare' [Rechtsfeldzug], der gegen Julian Assange, den Gründer von Wikileaks, geführt wurde, der im Jahr 2010 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufdeckte, die von den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Verbündeten in Afghanistan und im Irak begangen wurden. [...] [Die Verfolgung dieses Journalisten war ein koordinierter Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit](#) durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Schweden, dem sich später auch Ecuador anschloss." Als Skandal wertet de Zayas auch, dass keine der vier Regierungen mit Nils Melzer, dem UN-Berichterstatter für Folter, kooperierte, der bzgl. Assange "konkrete Beweise für politische Verfolgung, grobe Willkür seitens der Justizverwaltung und vorsätzliche Folter und Missbrauch" konstatieren muss.

Unter demselben Link findet sich auch die Rezension des von Nils Melzer geschriebenen Buches "Der Fall Julian Assange – Geschichte einer Verfolgung". Das Buch führt uns die Details vor Augen, aus denen sich der ganze ungeheuerliche Rechtsbruch ergibt, der hinter der Nebelwand der Corona-Pandemie weitergeht in Form von Krieg, mörderischen Sanktionen, Destabilisierung, gewaltsamen Umstürzen in Ländern, die sich dem globalen Markt-radikalismus nicht angeschlossen haben, und auch in der Form des schleichenden Mordes am Whistleblower Julian Assange, der diese Missstände enthüllte.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Katharina Fontana: **Gegen alle Widerstände – wie sich der Schweizer Nils Melzer für Julian Assange einsetzt**

Nils Melzer ist UNO-Sonderberichterstatter für Folter, dessen Mandat im nächsten Jahr ausläuft. In einem persönlichen Gespräch schildert er seine Arbeit, die in der unmöglichen Aufgabe besteht, in allen 190 UNO-Mitgliedstaaten das Folterverbot zu überwachen. Besonders befragt ihn die Interviewerin zu Julian Assange, für den sich Melzer trotz Kritik von verschiedenen Seiten stark

einsetzt. [Melzer sieht, dass Assange seit Jahren psychischer Folter ausgesetzt ist](#), die nicht wegen der vorgeschobenen Sexualdelikt-Behauptungen, sondern wegen seiner kritischen, aber durch die Pressefreiheit geschützten Recherchen und Publikationen praktiziert wird.

Für Melzer ist der Fall Assange wichtig als Beispiel dafür, dass gerade reife Demokratien integer bleiben müssen, um den "üblichen Unrechtsstaaten" als Vorbild dienen zu können. Nur dann können wir auch dort entsprechendes Verhalten einfordern. Zu seiner öffentlichen Wirksamkeit sagt Melzer: "Ich bin kein 'Enfant terrible', das gerne Radau macht. Aber beim Rechtsstaat kann ich keine faulen Kompromisse akzeptieren. Der allergrößte Teil meiner Arbeit bleibt vertraulich, doch man hört mir offenbar nur zu, wenn ich laut werde."

[Katharina Fontana](#), promovierte Schweizer Juristin, arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesamt für Justiz, von 1998 bis 2017 bei der NZZ (Inlandressort, Bundhausredaktion, Bundesgerichterstattung), dann bei der Weltwoche, um im Mai 2021 zum NZZ-Inlandressort zurückzukehren. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Wer die öffentliche Meinung im Westen wie lenkt**

"Qualitätsmedien" bekommen reichlich Unterstützung, damit sie berichten, was gewünscht wird. Allein das Pentagon hat über 27'000 Mitarbeiter, deren einzige Aufgabe darin besteht, Nachrichten zu produzieren, die dann über Nachrichtenagenturen den Weg in unsere Medien finden. Über ihre finanzielle Notlage sind die Medien gezwungen, Kosten zu sparen. So kommt es, dass gerne entweder auf Agenturmeldungen oder gemeinsame Redaktionen zurückgegriffen wird. D.h. [Nachrichten werden zunehmend zentralisiert erzeugt](#).

Daneben gibt es private Produzenten von Nachrichten wie z.B. die in Prag sitzende gemeinnützige Organisation 'Project Syndicate', deren Artikel in 506 verschiedenen Medien in 156 Ländern und 64 Sprachen publiziert werden. Wer steht hinter dieser 1995 gegründeten Organisation? Ausgewiesene Partner sind: Open Society Foundations, Bill & Melinda Gates Foundation, MasterCard Foundation, European Climate Foundation, European Journalism Centre, Children's Investment Fund Foundation, Mohammed bin Rashid Al Maktoum Knowledge Foundation, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, GAM, Google Digital News Initiative, McKinsey Global Institute, Nature Conservancy, und Sustainable Development Solutions Network.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater; lebt seit 15 Jahren in Russland; setzt sich auf www.anti-spiegel.ru kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinander. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Chris Hedges: Julian Assange und der Zusammenbruch der Herrschaft des Rechts**

Chris Hedges legt in einer Rede die Auffassung von Julian Assange dar, dass die US-Regierung hinter ihm her ist, weil er etliche einzeln aufgezählte illegale Tatbestände immer wieder aufgedeckt und so die Wahrheit ans Tageslicht gebracht hat. Hedges erinnert uns daran, dass es beim Kampf um Julians Freiheit um weit mehr geht "als um die Verfolgung eines Herausgebers. [Es ist der wichtigste Kampf um Pressefreiheit unserer Zeit](#). Und wenn wir diesen Kampf verlieren, wäre das verheerend, nicht nur für Julian und seine Familie, sondern auch für uns."

Hedges' Rede war ein Teil einer Veranstaltung in den USA, an der auch der Vater und der Bruder von Julian Assange teilnahmen, die sich auf einer Tournee durch die Staaten befanden, um dort [dafür zu werben, dass die USA die Anklage gegen den Wikileaks-Gründer fallen lassen](#) mögen, damit Julian wieder auf freien Fuß kommt.

[Chris Hedges](#) (Jg. 1956) ist ein US-amerikanischer Journalist und Autor. Er hat sich auf amerikanische und nahöstliche Politik und Gesellschaft spezialisiert. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- RTdeutsch: **Snowden: Das ist das Ende des Verfahrens gegen Julian Assange – US-Kronzeuge hat gelogen**

Ein ehemaliger ehrenamtlicher Mitarbeiter von WikiLeaks, der für eine Summe von 5'000 US-Dollar zum FBI-Informanten wurde, gab nun zu, dass er [entscheidende Teile seiner Behauptungen für eine Anklageschrift gegen Julian Assange erfunden](#) hatte. Der ehrenamtliche Mitarbeiter hatte ursprünglich ausgesagt, dass er und Assange gescheitert seien, eine gestohlene Datei zu entschlüsseln, die von einer Bank eines NATO-Landes gestohlen worden sei. Jetzt sagt der ehrenamtliche Mitarbeiter, dass die fragliche Datei nicht wirklich als "gestohlen" angesehen werden kann, da anzunehmen war, dass sie von Whistleblowern innerhalb der "bestohlenen" Bank selbst verteilt wurde, nach außen durchgesickert war und zu dieser Zeit online viele Leute versuchten, sie wegen angeblichen Informationen über ausgefallene Kredite zu entschlüsseln. Für Edward Snowden ist dies "das Ende des Falles gegen Julian Assange".

Die US-Regierung beschuldigt Assange, im Jahr 2010 geheime Informationen weitergegeben zu haben. Damals veröffentlichte WikiLeaks Dokumente, die Misshandlungen – einschließlich möglicher Kriegsverbrechen – durch das US-Militär in Afghanistan und im Irak öffentlich machten.

Dem Artikel ist eine Video-Doku (0h54) zur [Geschichte von Julian Assange](#) angefügt.

[Inhalt](#) ↑

- Maureen Claire Murphy: **UN untersucht israelische Repressionen gegen Palästinenser als Ganzes**

Als Reaktion auf die eskalierte israelische Unterdrückung und Rechtsverletzungen im gesamten historischen Palästina hat der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution zur [Einrichtung einer ständigen Untersuchungskommission über Israels Verletzungen der Rechte der Palästinenser](#) in allen von ihm kontrollierten Gebieten verabschiedet. Die Kommission soll Verbrechen untersuchen, die während der Eskalation begangen worden sein sollen, u.a. in der Westbank, wo israelische Streitkräfte auf Demonstranten schossen und diese töteten, sowie in Israel, wo palästinensische Bürger mit staatlichem Zwang und Mobgewalt konfrontiert waren. Die Untersuchungskommission wird von Israels wichtigstem Förderer, den USA, abgelehnt. Kein einziger EU-Staat stimmte für die Maßnahme. Wegen Guterres' Ablehnung der Rechenschaftspflicht und dem Veto der USA im Sicherheitsrat haben es die Palästinenser schwer in ihrem Kampf um Gerechtigkeit bei der UNO.

[Inhalt](#) ↑

- Friedensgutachten: **China: Partner, Konkurrent oder Rivale?**

Der Prozess des Machtverlusts der USA insbesondere gegenüber China erfordert von der EU eine entsprechende Reaktion, eine grundsätzliche Positionierung. Dieser Prozess ist derzeit mit einer Konfliktverschärfung zwischen den beiden Großmächten verbunden, bei der Stimmen in den USA dazu neigen, die bislang florierenden Wirtschaftsbeziehungen einzuschränken. Das kann zu chinesischen Vergeltungsmaßnahmen führen, von denen auch die EU betroffen sein könnte. Das 'Friedensgutachten 2021' legt ausführlich dar, warum die [EU gut beraten ist, wenn sie die gegenseitige ökonomische Abhängigkeit als Konfliktbremse nutzt](#), um der Politisierung von Handel und Wirtschaft entgegenzuwirken. Nach Meinung der Autoren ist es angesichts der werte- und sicherheitsbasierten Neubewertung von Handelspolitik im Interesse der EU, wirtschaftliche Verflechtungen mit China zu vertiefen, solange Menschenrechte und nationale Sicherheit nicht beeinträchtigt werden.

'Friedensgutachten', seit 1987 herausgegeben vom 'Bonn International Center for Conversion', der 'Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung', dem 'Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik' der Universität Hamburg und dem 'Institut für Entwicklung und Frieden'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑